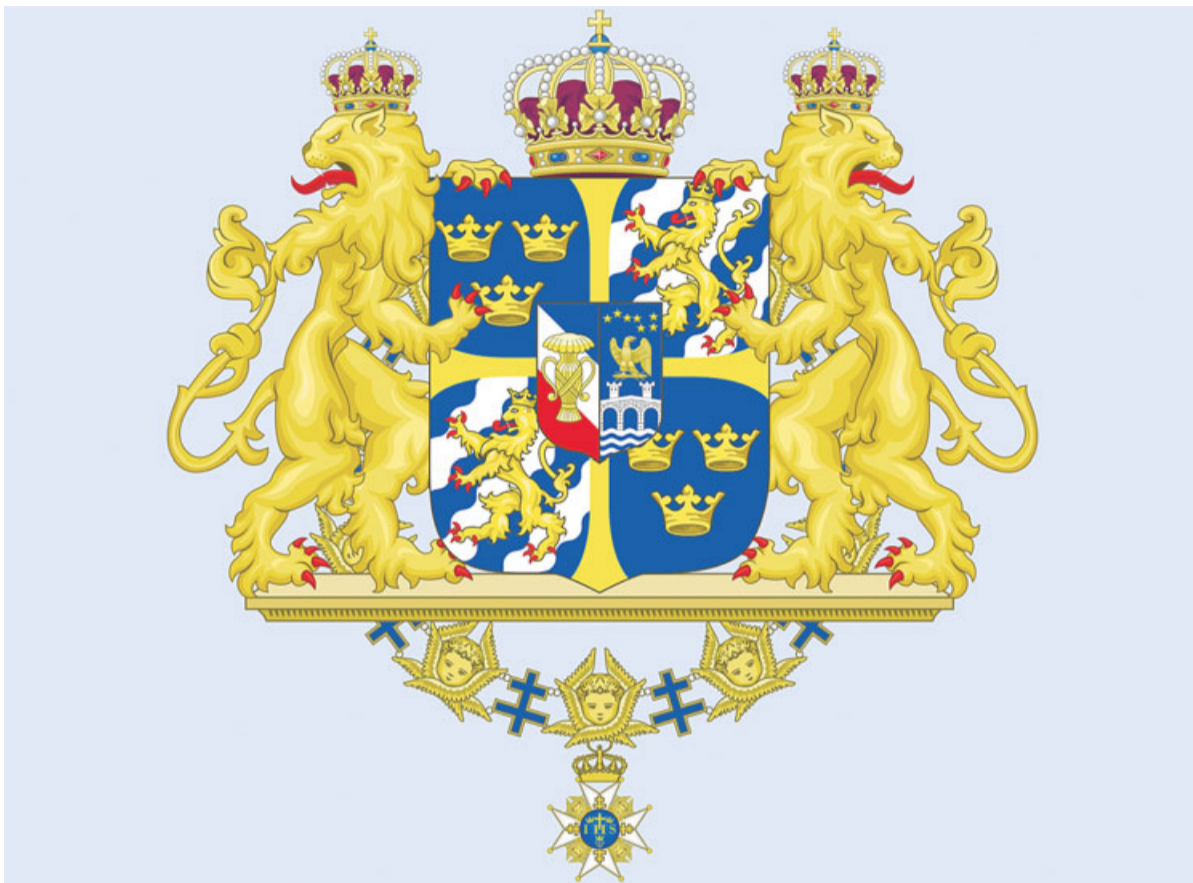


Mittelalterforscher tagten in Wien zur Staatenbildung nach dem Römischen Reich

# Christus einte und trennte



In den drei Kronen des schwedischen Staatswappens (hier eine Variante davon) leben neben dem schwedischen die Reiche der Goten und Vandalen weiter. Foto: wikimedia commons/Ssolbergj

Von Heiner Boberski

## ■ Trotz des gleichen Glaubens gab es im Mittelalter in Europa ständig Konflikte.

Wien. „Gehet hin und lehret alle Völker“, nicht „lehret alle Menschen“, steht in der Bibel. Für den Wiener Mittelalter-Forscher Walter Pohl hat diese Formulierung dazu beigetragen, dass das Christentum trotz seines an sich universalen Charakters auch die Bildung ethnisch dominierter Staaten im Frühmittelalter legitimiert. An die Stelle eines auserwählten Volkes traten mehrere auserwählte Völker, die nicht nur Heiden und Andersgläubige, später vor allem den Islam, sondern einander auch gegenseitig bekriegten und dabei den gleichen Gott

um Hilfe anriefen. Der Entwicklung der europäischen Nationen vor dem Hintergrund der Christianisierung des Kontinents ging dieser Tage die Tagung „Ethnicity and Christian discourse in the Early Middle Ages“ nach.

Für Gastgeber Pohl, Leiter des Instituts für Mittelalterforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und des europäischen Forschungsprojekts Scire (Social Cohesion, Identity and Religion in Europe, 400-1200), das mit einem Advanced Grant des Europäischen Forschungsrates (ERC) in der Höhe

von zwei Millionen Euro dotiert ist, liegt die Relevanz des Themas auf der Hand: „In den letzten 100, 200 Jahren gab es in nationalen Fragen eine kurzschlüssige Aneignung der Vergangenheit. Die Wissenschaft ist gefordert, Grundlagen zu liefern, wie Identitäten funktionieren, wie sie

entstanden sind und sich entwickelt haben. Da ist das Frühmittelalter eine vernachlässigte Zeit.“

Mit der Christianisierung Europas traten europäische Völker wie die Franken oder Angelsachsen auf, die sich zu modernen Gesellschaften entwickelt haben. Aber auch untergegangene Völker wie Burgunder, Langobarden, Vandalen oder Goten haben ihre Spuren hinterlassen, erklärt Pohl. Auf Go-

ten und Vandalen beziehen sich etwa zwei der drei Kronen der schwedischen Könige, erklärt Pohl, „man hat sich immer wieder noble Vergangenheiten angeeignet“. Die Könige des Mittelalters und teilweise der Neuzeit Könige bedienten sich einer doppelten Legitimation, einerseits ethnisch, etwa als König von England, und andererseits religiös, als Herrscher „von Gottes Gnaden“.

### Religion als Gewaltquelle

Vor dem Christentum hatte jedes Volk seine eigenen Götter, für Pohl ist interessant, wie das universal ausgerichtete Christentum mit diesem Konnex umgeht. Manches wurde rigoros bekämpft, manche Bräuche wurden christlich umgedeutet, es gebe „Synkretismen bis auf den heutigen Tag“. Nach dem Zerfall des Römischen Reiches sei „ein Laboratorium der ethnischen Prozesse“ zu beobachten, etwa wie die Franken „als kleine Minderheit über eine große Mehrheit einer vorwiegend gallorömischen Bevölkerung herrschen und sich transformieren“.

Wenn ein ÖAW-Workshop zum Thema „Apokalyptik und Prophetie im Mittelalter“ diese Woche noch die Rolle von Dissidenten wie Jan Hus und die Reaktion der damaligen Machthaber beleuchtet, sieht Pohl auch hier starke Bezüge zur Gegenwart. Wie damals könnten stets neu religiöse Massenbewegungen,

### Wissen

etwa in evangelikalischen Kreisen der USA, militant werden. Sein Fazit: „Etwas, was man aus der Geschichte lernen kann, ist, dass alles, was das Potenzial hat, große Mengen von Menschen zu integrieren, auch das Potenzial zu Konflikten hat. Seit es das Christentum und den Islam gibt, hat es viel mehr Kriege um Religion gegeben. Wir müssen erkennen, dass dieselbe Dynamik sowohl Integration oder Konflikt auslösen kann.“ ■

## AIT will nach Konsolidierung wieder wachsen

Wien. (est) Nach drei Konsolidierungsjahren will das Austrian Institute of Technology (AIT) nun wachsen. Der Nachfolge-Konzern des ehemaligen, schwer angeschlagenen Forschungszentrums Seibersdorf plant, seine Gewinne in den Ausbau seiner Forschungsleistungen zu investieren. Das verkündeten die Geschäftsführer von Österreichs größtem außeruniversitären Forschungszentrum, Anton Plimon und Wolfgang Knoll, am Dienstag bei der Präsentation der Bilanz 2011. „In den Gründungsjahren 2008 bis 2010 wurde zur Stabilisierung der Eigenkapitalbasis ein möglichst hohes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) ausgewiesen. Nun mit den Gewinnen die Forschung ausweiten“, so Plimon, und: „Wir sind kein Sparverein.“ Das EGT lag 2011 bei 2,1 Millionen Euro, für heuer erwartet man Ähnliches.

Das AIT steht zu 50,46 Prozent im Eigentum des Bundes, der Rest ist im Besitz heimischer Unternehmen. Das Jahresbudget von 125 Millionen Euro kommt zu 40 Prozent vom Infrastrukturministerium und zu je 30 Prozent aus Drittmitteln und Industrieaufträgen. Ab 2013 ist eine neue Vereinbarung mit dem Infrastrukturministerium



Wolfgang Knoll: Alleinstellungsmerkmale ausbauen. Foto: apa

abzuschließen, die dem Expansionskurs dienen solle, so Aufsichtspräsident Hannes Androsch. Man orientiere am Paul Scherrer Institut, dem größten naturwissenschaftlichen Forschungszentrum der Schweiz, dessen Budget doppelt so hoch ist. „Es wird Aufgabe sein, diesen Abstand zu verringern“, sagte Androsch.

### 250 zusätzliche Mitarbeiter

Mit dem Geld sollen internationale Wissenschaftler angeworben werden. Die Zahl der EU-Projekte sei um 13 Prozent gestiegen, der Auftragsstand habe sich um 6,2 Prozent auf 129,3 Millionen Euro erhöht, die Projekte würden zunehmend größer. Mit wie derzeit 900 Mitarbeitern werde man den Bedarf nicht abdecken können, sagte Knoll. Bis 2020 sollen zusätzliche 250 Mitarbeiter mit Karrieremodellen oder Doktorandenstellen gelockt werden. Auch inhaltlich wird nachgeschärft. Das AIT gehe in seinen Kernbereichen Energie, Mobilität, Sicherheit, Gesundheit und Infrastrukturen „in Richtung Systemkompetenz“, so Knoll. Komplexe Themen wie „Smart Cities“ würden nur wenige Einrichtungen beherrschen. Solche Alleinstellungsmerkmale würden erzielen, dass das vergleichsweise kleine Institut in Planungsgremien für EU-Förderungen sitzen – und gehört würde. ■

## Leserbriefe

### Warum US-Amerikaner aufs Auto verzichten

Zum Blog „Freitritt“ von Matthias Bernold, 13. Juni

Vielleicht hat man sich in Amerika diesmal von den Europäern etwas abgeschaut? Die amerikanischen spritsaufenden Riesenschlitten sind hier schon längst nicht mehr gefragt und das ist gut so.

Nicht nur junge Leute fahren immer mehr Rad und die Kommunalpolitiker ziehen mit der entsprechenden Infrastruktur mehr und mehr nach, mit Radwegen und Möglichkeiten, in öffentlichen Verkehrsmitteln Fahrräder mitzunehmen.

Die US-Amerikaner sind nicht immer und in allem Vorreiter, in manchem stehen sie ganz schön lang auf der Leitung. Und so könnte es geschehen, dass so manche Amerika-Orientierte über diesen beträchtlichen Umweg eine Einsicht und Praxis erlangen, die sich schon längst hautnah vor ihrer Haustür abspielt.

Christine Preyer, per E-Mail

### Warum Politiker Angst vor Volksbefragungen haben

Es leuchtet ein, dass über gewisse Themen keine Volksabstimmung sinnvoll ist. Es stimmt, dass die Durchschnittsbürger eher emotional abstimmen, weil ihnen in vielen Fragen der Einblick fehlt.

Wer ist denn eigentlich für die unkontrollierten Emotionen verantwortlich? Dieselben Politiker, die sich vor Volksabstimmungen zu gewissen Themen fürchten. Dabei sollten sie sich eher vor ihrer eigenen emotionalen Wahlwerbung fürchten. Denn die ist es, die für Stimmabgaben verantwortlich ist.

Wenn Politiker selbst Verantwortung spielen und in Themen wie Eurokrise verantwortungslos gegeneinander pokern, wer ist dann der sogenannte „Dumme“? Sicherlich nicht der Wähler, der sich vielleicht von der verantwortungslosen Wahlwerbung einer Partei, die ihm ideologisch nahesteht, beeinflussen lässt, sondern wohl der Politiker selbst, der die Öffentlichkeit verantwortungslos informiert.

Und hier schließt sich der Kreis: Nicht das Wahlvolk hebt bei direkter Demokratie die Parlamente aus, sondern die Politiker, die das Wahlvolk mit Halbwahrheiten und auch bisweilen bewussten Falschaussagen hintergehen und täuschen, sorgen dafür, dass direkte Demokratie zur Zeitbombe werden kann. Aber wie soll man auf europäischer Ebene 27 Regierungen zu verantwortungsvollem Handeln bringen, wenn es in Österreich nicht einmal gelingt, dass neun Bundesländer mit derselben Sprache sprechen?

Günter Braun, 1020 Wien

### Diesel gefährlicher als bisher angenommen

Da haben wir ja die nächste Kollektivhypochochondrie und weitere Schikanen für Dieselbenutzer sind zu erwarten. Wenn man schon den Verbrauch von Treibstoffen reduzieren will, sollte man die unnötigen Transporte massiv abbauen und dafür sorgen, dass Lkw nicht mehr unbehelligt über Landstraßen

fahren und diese massiv beschädigen dürfen, nur um Autobahngebühren zu sparen.

Regula Heinzelmann, per E-Mail

### Auseinanderbrechen der Eurozone möglich

Scheitert die Eurozone am Widerstand der Geberländer, die nicht bereit sind, die Taschen für die maroden Staaten weiter zu öffnen oder am Widerstand der Nehmerländer, die nicht bereit sind, für Schulden geradezustehen? Wenn nationale Interessen jenen der Staatengemeinschaft vorgezogen werden, ist ein Auseinanderbrechen der Eurozone unausweichlich.

Robert Cvrkal, per E-Mail

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.